

Humboldts Grundideen sind und bleiben unverzichtbar

Klaus Fuchs-Kittowski

Danke für die Einladung. Ich begrüße hier im Saal so viel Bekannte, die fast alle meiner Lebensstationen an der Humboldt-Universität reflektieren. So auch die Tatsache, dass es damals auch schon wenig Geld gab: Ich hatte z.B. lange Zeit einen Schreibtisch mit einem anderen Kollegen zu teilen. Auch Kollegen, mit denen ich mir an der Humboldt-Universität einen Schreibtisch geteilt habe, sitzen hier.

Auch im Namen der Kollegen des Verbandes für Hochschule und Wissenschaft (VHW-Berlin), die ich hier als Berliner Landesvorsitzender vertrete, darf ich zunächst sagen, dass wir ebenfalls der Meinung sind: Man kann nicht über Humboldt hinausgehen, da dies immer nur an ihm vorbei führen wird. Allerdings gab es auch die Kritik, dass, wenn man diese These vertritt, die Grundidee zur Gesprächseinladung⁸ eigentlich noch nicht konsequent genug ist, weil ja dann am Schluss gesagt wird: Na ja, die Hochschulen sollen wählen, ob sie diesen Weg oder einen anderen gehen.

Unsere Auffassung – mit „unsere“ meine ich die Kollegen, mit denen ich die mit der Einladung versandten Gesprächsthemen diskutiert habe – war, dass man konsequent sagen soll: Die Universitäten sollen sich auf die Humboldtsche Idee der Grundlagenforschung orientieren. Deswegen ist die vorhin ausgesprochene These, dass Universitäten, die Fachhochschulaufgaben übernehmen, dies auch zu dem gleichen Preis wie die Fachhochschulen machen müssten, völlig richtig. Aber sollen sie denn das? Umgekehrt wäre unsere These, dass die Universitäten wirklich Grundlagenforschung betreiben sollen.

Forschung und Lehre

Ich nutze hier einen Text aus Brüssel, der den bisherigen Bologna- Prozess einschätzt und die Berliner Konferenz der Bologna-Vertreter vorbereitet.⁹ Dort steht der wichtige Satz: Der Vergleich zwischen den amerikanischen Universitäten und den deutschen Universitäten zeigt, dass es den amerikanischen Universitäten gelungen ist, praxisbezogene Grundlagenforschung zu betreiben und sich auch finanzieren zu lassen. Währenddessen sind die deutschen Universitäten in der Gefahr, eben Anwendungsforschung im Sinne der Fachhochschulen zu machen. Die Situation wird also bereits international reflektiert und als Fehler erkannt. Umgekehrt würden wir auch sagen, Ihr Papier muss noch konsequenter sein und dann auch für die Fachhochschulen sagen, dass sie verstärkt Forschung betreiben können müssen. Auch für sie müsste es z.B. den Junior-Professor geben, freilich dann mit einer spezifischen Ausrichtung.

⁸ vgl. den mit den Einladungen verschickten Text von Hansgünter Meyer, oben abgedruckt u.d.T. „Begrüßung und Eröffnung“

⁹ Mitteilungen der Kommission – Die Rolle der Universitäten im Europa des Wissens, Brüssel, den 05.02.2003 KOM (2003) 58 endgültig

So werden wir Ihnen, dem Senator für Wissenschaft, Forschung und Kultur, dem Staatssekretär für Wissenschaft, dann auch vorschlagen, eben diese Maßnahme zu durchdenken – ob nicht die Forschung in den Fachhochschulen noch zu verstärken ist, bis hin zur eigenständigen Promotion – aber eben in einer differenzierten Ausrichtung. Das heißt also – das ist eine Grundthese unseres Verbandes – Fachhochschulen und Universitäten sind gleichwertig, aber andersartig. Und diese Andersartigkeit muss dann natürlich differenziert zum Ausdruck kommen.

Nun eine andere Frage. Natürlich habe ich ein besonderes Verhältnis zu Humboldt, da ich an der Humboldt-Universität gearbeitet habe, und nun hatte in der vergangenen Woche der Verband Hochschule und Wissenschaft sein 30-jähriges Jubiläum. Ich musste mit Bedauern feststellen und dies auch für den Verband aussprechen, dass Sie, Herr Pasternack, dort nicht sprechen, nicht anwesend sein konnten. Dafür hat der Staatssekretär im Wissenschaftsministeriums des Landes Brandenburg gesprochen. Er hat aus meiner Sicht einen großen Fehler gemacht, den Sie sicher nicht begangen hätten, als er sagte: Wir hatten große Erfolge mit der Entwicklung des Hochschulwesens nach der Wende, speziell in Brandenburg, weil wir die reine Lehrorientierung der Universitäten in der DDR überwinden konnten.

Nun will ich gar nicht bestreiten, dass das Land Brandenburg Erfolge in der Entwicklung des Hochschulwesens hat. Es ist das einzige Bundesland, welches wirklich neue Universitäten gegründet hat. Es kommt möglicherweise in Schwierigkeiten, wenn die Fusion Brandenburg-Berlin realisiert werden sollte. Aber zunächst ist es eine Leistung. Doch frage ich mich, warum man die Situation im Hochschulwesen der DDR so verzerrt darstellen muss, um die brandenburgische Leistung hervorzuheben. Ich kann nur sagen, dass ich zwar als Gastprofessor in Linz oder auch in Hamburg die Erfahrung machen konnte, dass peinlich darauf geachtet wurde, dass ich meine sechs Stunden Lehrverpflichtung ableiste, doch in der Humboldt-Universität hat man das nie getan. Ich möchte also hier betonen, dass auch an den Universitäten der DDR das Grundprinzip der Einheit von Lehre und Forschung bestand und gewährleistet war.

Dies ist auch als Gegensatz zu den heutigen Fachhochschulen festzuhalten, deren Hochschullehrer ein Lehrdeputat von 18 Stunden haben. Unter diesen Bedingungen kann die Einheit von Lehre und Forschung eben nicht mehr gewährleistet sein. Als der brandenburgische Staatssekretär diesen Satz von der Überwindung der starken Lehrorientierung sagte, saß neben mir der heutige VHW-Landesvorsitzende von Sachsen, J. Klinger. Dieser flüsterte mir zu: Ich war zu der Zeit Forschungsassistent in Dresden, und ich habe überhaupt keine Lehre gemacht. Die Frage ist, weswegen behauptet wird, was man auch in der Presse immer wieder lesen kann, dass das Prinzip der Einheit von Lehre und Forschung an den Hochschulen und Universitäten der DDR nicht gewährleistet gewesen wäre.

Als ich 1986 in den USA war, erhielt ich plötzlich die Anforderung, an einer Konferenz über das Hochschulwesen der DDR, der Bundesrepublik und der USA an der University of Virginia teilzunehmen – innerhalb eines Tages. Ich konnte das nur bewältigen, weil Steven Muller, der Präsident der Hopkins-Universität, wo ich zu Gast war, mir seine Referate über Humboldt und die Entwicklung des amerikanischen Hochschulwesens zur Verfügung stell-

te.¹⁰ Dort begründet er, dass die John Hopkins-University in Baltimore und danach das Harvard-College, welches in die Harvard-University umgewandelt wurde, die ersten Universitäten waren, die in den USA nach den Humboldtschen Prinzipien gegründet wurden. Andere Universitäten folgten diesem Beispiel, und zwar nicht nur die „Ivy League Schools“ an der Ostküste, sondern auch große Staatsuniversitäten im mittleren Westen und in Kalifornien, speziell die University of California, Berkeley.

USA- und deutsche Universitäten: Unterschiede

Als wir diese vergleichende Tagung in Virginia durchführten, kam nun genau das zum Ausdruck, was vorhin schon deutlich gemacht wurde: Die deutschen Universitäten, auf beiden Seiten damals, sind eben staatlich gelenkte Universitäten; die Universitäten der USA haben im wesentlichen diese Mischung von *privat and public*. Aber als wir – die Vertreter aus beiden Deutschlands (aus der Bundesrepublik war Prof. Ulrich Karpen schnell eingeflogen worden) – das amerikanische Universitätssystem zu stark lobten, sprang der damals Verantwortliche fürs Hochschulwesen der USA auf und sagte, um Himmelswillen lobt uns nicht so stark. Er nannte nicht die Zahl 2960 Universitäten, er sagte nur, wenn sie von den großen Universitäten der USA sprechen, dann meinen sie immer 11%, und zwar die acht großen Universitäten in New England, an der Ostküste und vielleicht auch noch die Staatsuniversität in Berkeley in Kalifornien. Aber es gebe ja doch noch die anderen 89%, und da sehe es viel schwieriger aus.

Was ist aber für uns nun besonders wichtig? Erst kürzlich habe ich zunächst für die Leibniz-Sozietät im Zusammenhang mit der Teilnahme von Vertretern der Leibniz-Sozietät am Forum Bildung Grundgedanken zur Entwicklung der Hochschulen formuliert und unter dem Titel: „Demokratie, Humanismus und Innovation – Hochschulen im 21. Jahrhundert“¹¹ im VHW-Mitteilungsblatt publiziert. Dort heißt es eingangs: „Die Zukunftsfähigkeit der Hochschulbildung kann nur durch mehr Autonomie der Universitäten und Fachschulen und mehr Demokratie sowie die Entfaltung humanistischen Gedankengutes gesichert werden.“ Im weiteren wird ausgeführt: Zu Beginn des 21. Jahrhunderts erweist sich eine umfassende Bildungsreform zur Qualitätsverbesserung in den Hochschulen als unausweichlich, denn es gibt eine Vielzahl alarmierender Signale, die grundsätzliche Schwachstellen der derzeitigen Hochschulausbildung deutlich werden lassen. Es werden dann fünf solcher Schwachstellen genannt. Sie bestehen insbesondere in der ungenügenden

¹⁰ Steven Muller: Steven Muller, *Research Universities and Industrial Innovation in America*, Reprinted from the Johns Hopkins APL Technical Digest, October-December, Vol, 5, pp. 370- 380 (1984); ders.: *William von Humboldt and the University in the United States*, Reprinted from the Johns Hopkins APL Technical Digest, July-September, Vol, 6 pp. 253.256 (1985); ders.: *The Post-Gutenberg University*, Reprinted from the Johns Hopkins APL Technical Digest, January-March, Vol. 7, pp. 108-112 (1986). Vor kurzem las ich, dass die Arbeiten von Präsident Muller auch von M. Eigen, dem Nobelpreisträger für Physik, auch in einem Referat zum Thema: „Die Deutsche Universität – Vielfalt der Form, Einfachheit der Reform“ ausgewertet wurden (Manfred Eigen, *Jenseits von Ideologie und Wunschdenken - Perspektiven der Wissenschaft*, Pieper, München, Zürich, 1988)

¹¹ Klaus Fuchs-Kittowski: *Demokratie, Humanismus und Innovation – Hochschulen im 21. Jahrhundert*, in: *VHW-Mitteilungen*, Jg. 27, Heft 3, S. 14-16

1. Autonomie der Hochschule. Darüber ist bisher schon einiges gesagt worden. Dazu gehört die Ökonomisierung und mögliche Entscheidungsfreiheit hinsichtlich des Einsatzes der Ressourcen;
2. demokratischen Atmosphäre und Offenheit für innovatives Denken;
3. sozialen Sicherheit der Lehrenden und Forschenden. Zu dem Punkt möchte ich vielleicht noch etwas sagen, weil das schon angeklungen ist, dass ja auch der Beamtenstatus in Frage gestellt wird. Ich sage in dem Artikel, man könne den Beamtenstatus in Frage stellen, insbesondere wenn man frage, ob das Erteilen von Zensuren wirklich eine hoheitliche Aufgabe ist oder nicht? Aber ich sage dann in dem Artikel, wenn man es wegfallen lasse, dann muss man andere Sicherheiten schaffen, Sicherheiten gegenüber staatlichen Eingriffen, was sie ja das Beamtentum in gewisser Weise gibt. Aus unseren Erfahrungen eben auch im DDR-Hochschulwesen glaube ich sagen zu können, dass es gerade im Sinne der Freiheit der Forschung ist, dass man solche Sicherheiten behält bzw. sie nicht abschafft, bevor man nicht vergleichbare andere Sicherheiten geschaffen hat;
4. Der vierte Punkt bezieht sich auf die Betreuung der Studierenden. Ich betone besonders, dass man einen starken Mittelbau braucht, dass man überhaupt einen entsprechend differenzierten Lehrkörper braucht, um eine entsprechende Beratung für die Studenten zu sichern, und dass die Studierenden auch ein Recht auf eine solche Beratung haben müssen. Hier ist gerade in dem oben bereits zitierten Zwischenbericht zum Bologna-Prozess aus Brüssel ein m.E. gefährlicher bzw. missverständlicher Satz. Dort heißt es: „Die europäischen Universitäten haben sich lange durch einige große Leitbilder definiert, insbesondere durch das Ideal, das Wilhelm von Humboldt ... aufgestellt hat und bei dem die Forschung im Mittelpunkt der Universitätsaktivitäten steht und die Grundlage für die Lehre bildet. Heute distanzieren sich die Universitäten zunehmend von solchen Modellen, und die Entwicklung geht in Richtung einer immer größeren Differenzierung.“¹² In Europa wende man sich also zunehmend gegen die Humboldtsche Idee, weil man stärker differenzieren und Kernpotenzen konzentrieren will. Ich habe bei Humboldt nie gelesen, dass er gegen eine Differenzierung ist. Wenn ich sage, der Student hat die Berechtigung, gut betreut zu werden, dann bedeutet das natürlich auch eine Differenzierung des Lehrkörpers, bis dahin, dass man auch nicht einfach Lehre und Forschung gegenüber stellt. Einige sind eben begabter für Lehre und andere mehr für Forschung. Also, diese Differenzierung muss sein, und eine Spezialisierung der Einrichtung spricht auch nicht gegen Humboldt. Sicher ist natürlich, dass sich W. v. Humboldt für die *universitas* und damit gegen zu eng spezialisierte Einrichtungen ausgesprochen hätte.
5. Und der letzte Punkt: mehr Öffentlichkeit, Liberalität und Internationalität der Hochschulen. Hier meinen wir, dass man tatsächlich Bewertungsmethoden einführen kann. Wir stimmen auch Hansgünter Meyer¹³ sehr zu, wenn er auf die Definition der Forschungssituation eingeht, wie sie von Heinrich Parthey formuliert worden ist, und sagen: Man muss in der Tat von den inneren Beweggründen, von der inneren Forschungssituation ausgehen und kann nicht gleichsam von äußeren Gesichtspunkten her den Forschungsprozess bestimmen. Das heißt aber nicht, dass man sich generell gegen Bewertung, Evaluation usw. aussprechen sollte. Wir sind für Evaluation. Nur sie muss eben sachgerecht und von innen her auch kommen und nicht von außen.

¹² Mitteilungen der Kommission - Die Rolle der Universitäten im Europa des Wissens, Brüssel, den 05.02.2003 KOM (2003) 58 endgültig, S. 5-6

¹³ Hansgünter Meyer: Hochschulforschung als Wissenschaftstheorie, in: *die hochschule* 2/2002, S. 41-57.

Ein letzter Satz vielleicht zu der Frage Bologna-Prozess. Der Verband Hochschule und Wissenschaft – hier spreche ich wieder offiziell, denn ich stütze mich hier auf das Referat unserer Bundesvorsitzenden, Frau Prof. Platz-Waury,¹⁴ das sie auf der genannten Festveranstaltung gehalten hat – ist für den Bologna-Prozess, insbesondere was die Angleichung der akademischen Grade angeht – Bachelor und Master. Bei der Durchführung einer Summer-School für Siemens in Bangkok, habe ich die Probleme, die mit unseren Abschlüssen im Ausland entstehen können, erlebt. Es kamen mehrere frühere Studenten, die in Berlin an der Technischen Universität studiert hatten, auf mich zu, die sagten, sie hätten Schwierigkeiten, dass ihr Diplom anerkannt wird. Das Diplom werde in Asien, genauer in Malaysia, erst anerkannt, wenn sie ihren Doktor haben. Nur, sagte ich, dass muss doch eigentlich die Botschaft durchsetzen. Ist das wirklich ein hinreichender Grund, deswegen generell den Bachelor und dann den Master anstelle des Diploms einzuführen?

Der Verband ist der Meinung, wir sollten Bachelor- und Masterstudiengänge generell befürworten, bei der Angleichung der Graduierungen aber doch differenziert bleiben. Das Diplom hat seinen Wert und sollte dort, wo es sich bewährt hat, in den traditionellen Ausbildungsrichtungen auch fortgesetzt werden.

Studiengebühren?

Weiterhin gibt es eine Stellungnahme in dem zur 30-Jahr-Feier gehaltenen Referat unserer Bundesvorsitzenden zur Einführung von Studiengebühren. Der Verband lehnt sie ab, auch wenn wir sehen, dass die Tendenz immer stärker dahin geht, dass man Studiengebühren einführen will. Wir sind mit dem Deutschen Beamtenbund und mit der Hochschulrektorenkonferenz der Meinung, dass für das grundständige Studium keine Studiengebühren erhoben werden sollten. Denn weder gibt es ein flächendeckendes funktionierendes Stipendiensystem, und ein höheres Lebenskommen haben die Arbeitnehmer mit Hochschulabschluss gewöhnlich auch nicht. „Sie investieren schließlich erheblich in ihr Studium und kommen auch deutlich später auf den Arbeitsmarkt“. Diese unterschiedlichen Zukunftsaussichten muss man berücksichtigen. Kein uns bekanntes Industrieland hat das sozial gerecht gelöst. Und Studiengebühren verbessern sicher nicht die Chancengleichheit.

„Hinzu kommt, dass gerade die von unserer Industrie so dringend benötigten Ingenieurdisziplinen durch Studiengebühren weiter ausgetrocknet würden, falls die Industrie hier nicht vorab für sich selbst Zukunftssicherung betreibt. Ob junge Frauen überdies in demselben Maße wie heute in die Hochschulausbildung investieren, ist ebenfalls zumindest fraglich“.¹⁵

Es gibt also, wie Sie sehen, genügend Argumente sich gegen Studiengebühren auszusprechen.

¹⁴ E. Platz-Waury: Hochschule – quo vadis?, Eröffnungsreferat zum dreißigjährigen Jubiläum der Gründung des Verbandes Hochschule und Wissenschaft, Berlin, den 18. Juni 2003

¹⁵ ebenda